

**Tagesordnung II Punkt 19 der öffentlichen Sitzung am 01. Oktober 2015**

Vorlagen-Nr. 15-V-40-0031

**Mittagessen an Schulen; Neuordnung der Zuständigkeiten innerhalb des Schulamtes**

---

**Beschluss Nr. 0313**

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
  - 1.1. das Betreuungsangebot im Grundschulbereich und das an ganztägig arbeitenden Schulen kontinuierlich ausgebaut wird.
  - 1.2. mit dem Ausbau auch die Essensversorgung der Kinder an den Schulen organisiert werden muss.
  - 1.3. diese Aufgaben bisher auf verschiedene Abteilungen innerhalb des Schulamtes verteilt waren und nun bei der Abteilung 4005 „Grundschulkinderbetreuung und Ganztägige Angebote“ zusammen geführt werden.
  - 1.4. für die Abrechnung von Mittagessen und der Grundsatzarbeit die bisher vorhandenen Zeiteile zu gering waren und aus diesem Grund eine weitere Stelle in diesem Bereich geschaffen wird.
  - 1.5. die Beschlusspunkte 2 und 3 dem Ausbaubereich Kinderbetreuung zuzuordnen und somit Erlasskonform sind.
2. Beim Schulamt wird im Sachgebiet 400530 zum Stellenplan 2016/2017 eine Planstelle für einen/eine Sachbearbeiter/-in im Stellenwert A 11 bzw. BAT IVa, Fg. 1a (E 10 TVöD) neu geschaffen. Die Besetzung der Stelle wird zunächst bis 31.12.2017 befristet.
3. Im Doppelhaushalt 2014/2015 wurden für den Ausbau der Kinderbetreuung bei Dezernat V konkrete Mittel reserviert; ebenso wurden entsprechende Mittel in den Eckwerten 2016/2017 vorgesehen. Hieraus ist der zusätzliche Personalbedarf zu finanzieren.
4. Die neue Planstelle kann vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Stellenplans 2016/2017 durch die Aufsichtsbehörde üpl. besetzt werden. Sie gehört zum ausgenommenen Bereich Kinderbetreuung.
5. Zur Bereinigung der stellenplanmäßig nicht vollzogenen Darstellung des Tätigkeitsbereichs Sachgebietsleitung 400530 beim Schulamt wird eine Planstelle im Stellenwert A 13 h. D. zum Stellenplan 2016/2017 geschaffen. Das entsprechende Budget steht zur Verfügung.
6. Der Magistrat (Dezernat V/40) wird beauftragt, nach zwei Jahren über die Neuausrichtung und die Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen zu berichten. Soweit erforderlich sind Gegensteuerungsmaßnahmen zu benennen.

(antragsgemäß Magistrat 01.09.2015 BP 0621)

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2015  
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .09.2015  
im Auftrag

1. Dezernat V  
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:  
Dezernat III  
Dezernat VI  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Bock